Zusammenfassung

Die Welt ist in eine Phase der Abrissbirnenpolitik eingetreten. Die Devise umfassender Zerstörung statt inkrementeller Reform und sorgfältiger Kurskorrekturen prägt vielerorts den Umgang mit gewachsenen politischen Strukturen. An der Spitze derjenigen, die versprechen, ihr Land von den Zwängen der bestehenden Ordnung zu befreien und zu neuer Größe zu führen, steht ausgerechnet die aktuelle US-Regierung. Mehr als 80 Jahre nach ihrer Begründung befindet sich die vor allem von den USA geprägte Nachkriegsordnung im Prozess der Zerstörung.

In vielen westlichen Gesellschaften haben politische Kräfte an Einfluss gewonnen, die eine Politik der Zerstörung der Reformpolitik vorziehen. Getrieben von Groll und Bedauern angesichts des liberalen Kurses, den ihre Gesellschaften eingeschlagen haben, versuchen sie, nun jene Strukturen abzuräumen, die vermeintlich den Aufstieg ihres Landes zu neuer Größe verhindern. Ihre disruptive Agenda speist sich aus der in vielen Gesellschaften weit verbreiteten Enttäuschung über die Leistungsfähigkeit demokratischer Institutionen und einem allgemeinen Vertrauensverlust in Reformen und politische Kurskorrekturen. In allen für den Munich Security Index 2026 befragten G7-Staaten glaubt nur ein kleiner Teil der Befragten, dass die gegenwärtige Politik ihrer Regierung zukünftige Generationen besserstellen wird. Sowohl international als auch innerhalb von Staaten gelten politische Strukturen als übermäßig bürokratisiert und verrechtlicht – und damit als reform- und gestaltungsunfähig. Das Ergebnis ist ein politisches Klima, in dem diejenigen vorsichtig bewundert, wenn nicht offen gefeiert werden, die den Einsatz von Bulldozern, Abrissbirnen und Kettensägen predigen.

Der mächtigste jener Akteure, die die Axt an bestehende Regeln und Institutionen legen, ist US-Präsident Donald Trump. Aus Sicht seiner Anhänger verspricht eine „Bulldozer-Politik“, institutionelle Lähmung zu durchbrechen und Lösungen zu erzwingen, wo lange Stillstand und Blockade herrschten. Die Einigung der NATO-Mitgliedstaaten auf deutlich höhere Verteidigungsausgaben dient ihnen ebenso als erfolgreiches Beispiel wie der Waffenstillstand zwischen Israel und der Hamas. Es gibt jedoch gute Gründe zu zweifeln, ob eine Politik der Zerstörung wirklich den Boden für Maßnahmen ebnet, die einer breiteren Bevölkerungsmehrheit dienen. Aktuell zeichnet

sich etwas anderes ab – das Entstehen einer Welt, die von transaktionalen Deals statt prinzipiengeleiteter Zusammenarbeit geprägt ist, in der private Interessen öffentliche Interessen verdrängen und in der der Willen der Großmächte und kein internationales Regelwerk das Schicksal der Weltregionen prägen. Ironischerweise wäre dies eine Welt, die die Reichen und Mächtigen bevorzugt, während jene, die ihre Hoffnungen auf eine disruptive Politik mit der Abrissbirne setzen, auf der Strecke bleiben.

Die Abkehr der US-Regierung von grundlegenden Elementen der bestehenden internationalen Ordnung hat dramatische Folgen für verschiedene Weltregionen und unterschiedliche Politikbereiche. Besonders spürbar sind die Folgen in Europa und im Indopazifik, wo Regierungen lange auf die „Pax Americana“ vertraut und stark von ihr profitiert haben. Und wenige Politikbereiche leiden stärker unter den Auswirkungen der US-amerikanischen Kurskorrekturen als der globale Handel und die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe.

In Europa wächst das Gefühl der Unsicherheit (Kapitel 2). Russland rückt entlang der Front in der Ukraine weiter vor und weitet seine hybride Kriegführung gegen europäische Staaten aus. Die Vereinigten Staaten ziehen sich derweil schrittweise zurück, schwanken in ihrer Unterstützung für Kiew und verschärfen mit Drohungen einer „Einnahme“ Grönlands den Ton gegenüber ihren Verbündeten. Washingtons Engagement für die europäische Sicherheit erscheint damit zunehmend unberechenbar, der Zugang zum US-Schutzschirm immer stärker an Bedingungen geknüpft. Vor diesem Hintergrund verfolgen die europäischen Regierungen eine zweigleisige Strategie: Sie bemühen sich, die USA weiterhin eng einzubinden, und arbeiten parallel daran, die eigene Autonomie auszubauen.

Im Indo-Pazifik (Kapitel 3) stehen die Partner der USA vor ähnlich großen Herausforderungen. Ein immer mächtigeres China strebt energisch nach regionaler Vorherrschaft, während zunehmende Provokationen und Zwangsmaßnahmen, die diesen Kurs begleiten, die Region immer stärker destabilisieren. Regionale Akteure reagieren, indem sie ihre eigenen Verteidigungskapazitäten stärken. Gleichzeitig wachsen ihre Zweifel an den Sicherheitsgarantien der USA und dem strategischen Interesse Washingtons an der Region. Für viele Länder im Indo-Pazifik steht die jüngste Politik der USA im Widerspruch zu dem von Washington ausgegebenen Ziel, Chinas Einfluss zu begrenzen. Einige befürchten gar, dass Deals mit Peking jetzt wichtiger für Washington sind als die Unterstützung von Amerikas traditionellen Partnern. Mangels regionaler Institutionen, die mit der EU und der NATO vergleichbar wären, schwanken Akteure im Indo-Pazifik

zwischen dem Versuch, die USA weiterhin regional einzubinden, und sich gleichzeitig in andere Richtungen abzusichern – insbesondere durch eine Annäherung an China.

Das globale Handelssystem (Kapitel 4) ist im Verlaufe der letzten Jahrzehnte zunehmend in die Kritik geraten. Globales Wachstum war von Ungleichheit geprägt und der WTO ist es oft nicht gelungen, als fairer Hüter der gemeinsamen Regeln zu agieren. Zu den negativen Folgen, so das Urteil der US-Regierung, gehören der Aufstieg Chinas und der industrielle Niedergang der Vereinigten Staaten. Seit Trumps Rückkehr ins Präsidentenamt hat sich Washington daher noch stärker von jenen Regeln des globalen Handels abgewandt, die es einst mitgestaltete. Die USA haben unter anderem hohe, nicht WTO-konforme Zölle gegen die meisten Länder der Welt verhängt und mittels wirtschaftlicher Zwangsmaßnahmen bilaterale Abkommen durchgesetzt, die die USA einseitig bevorzugen. Währenddessen setzt China seine marktverzerrenden Praktiken fort und nutzt die kritischen Abhängigkeiten anderer Staaten strategisch für sich aus. Auf die unfairen Handelspraktiken Washingtons, aber auch Pekings, haben Regierungen auf der ganzen Welt mit eigenen Handelsbeschränkungen reagiert. Viele haben aber auch ihren Einsatz für Handelsliberalisierung intensiviert und Partnerschaften ausgebaut, die auf WTO-Recht basieren.

Wie der globale Handel stehen auch Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe (Kapitel 5) seit längerem unter Druck. Angesichts finanzieller Engpässe, der Desinformation durch Populisten und eines zunehmenden geopolitischen Wettbewerbs haben traditionelle Geberländer begonnen, ihre nationalen Interessen deutlich enger zu definieren. Bereits vor Beginn der zweiten Amtszeit Trumps sah es daher nicht danach aus, als würde die internationale Gemeinschaft die vereinbarten UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) erreichen. Viele humanitäre Maßnahmen blieben zudem unterfinanziert. Die aktuelle Politik Washingtons hat eine ohnehin angespannte Lage nun in eine echte Krise verwandelt. Die USA lehnen die SDGs nun als „globalistisch“ ab. Unter den finanziellen Kürzungen, die Washington vorhängt hat, leiden schon jetzt viele Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen. Wenig deutet darauf hin, dass neue Geber die großen Finanzierungslücken schließen werden. Diejenigen, die sich weiterhin zu Solidarität mit den Verwundbarsten der Welt verpflichtet fühlen, setzen daher auf Reformen der Effizienz und der Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit und humanitärer Hilfe.

Die Herausforderungen sind überall massiv. Die Beispiele zeigen aber auch, dass jene, die an der internationalen Ordnung festhalten wollen, sich

mittlerweile besser organisieren. Sie versuchen, die Folgen einer destruktiven Politik einzudämmen und erproben neue Ansätze, die weniger von Washingtons Führung abhängen. Wer der Bulldozer-Politik lediglich zuschaut, so die wachsende Erkenntnis an vielen Orten der Welt, ist den Launen der Großmächte hilflos ausgeliefert und darf nicht überrascht sein, wenn geschätzte Regeln und Institutionen bald in Trümmern liegen. Um die schlimmsten Ausprägungen einer Abrissbirnenpolitik einzudämmen, bedarf es aber deutlich größerer Anstrengungen – vor allem erheblicher Investitionen in und bessere Bündelung eigener Machtressourcen. Gleichzeitig müssen Regierungen, die für Reform statt Zerstörung plädieren, den glaubhaften Beweis erbringen, dass mutige Reformen und beherzte Kurskorrekturen möglich sind – und dass sie dem weit verbreiteten Wunsch nach Verbesserungen deutlich besser gerecht werden als eine Politik der umfassenden Zerstörung.